## BAUSTEIN 5: FÜR MEHR SOZIAL **GERECHTIGKEIT**

Aufgabe der Gewerkschaften ist die Verbesserung der Lebensumstände der Beschäftigten. Das bezieht sich nicht nur auf das Arbeitsleben. Beschäftigte tragen durch Steuern und Sozialbeiträge auch zur Finanzierung des Sozialstaates bei. Darum beanspruchen wir auch in diesen Themenfeldern einen Gestaltungsauftrag. Damit befasst sich Baustein 5 des EVG-Programms.



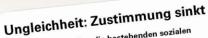
Dass die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden das ist leider nicht nur ein subjektiver Eindruck. Eine Vielzahl von Untersuchungen zeigt: Bei Einkommen und Vermögen geht die Schere immer weiter auseinander. Künftige Rentner sind von Alters-armut bedroht. Und über 1,3 Millionen Menschen kommen nur über die Runden, weil sie zusätzlich zu ihrem Arbeitseinkommen "Hartz IV" beziehen.

Ein Sozialstaat garantiert nicht nur persönliche und wirtschaftliche Freiheit. Er garantiert auch gleiche soziale Rechte für alle: Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, Zugang zum Arbeitsmarkt, Bildungschancen, eine gute Absicherung im Alter und im Falle persönlicher Notlagen. Diese Ziele sind durch die genannte Schieflage gefährdet.

Der Staat hat sich immer mehr aus der Verantwortung gezogen. Risiken sind privatisiert worden. Beispiel Rente: Das Niveau der gesetzlichen Rente wird abgesenkt, Beschäftigte in die private Vorsorge gezwungen. Beispiel Gesundheit: Die paritätische Finanzierung der Gesundheitsversicherung ist zu Lasten der Beschäftigten aufgelöst worden; die "Gesundheitsreformen" der vergangenen 15 Jahre haben stets nur neue Belastungen für die Versicherten gebracht. Auch das Risiko der Pflegebedürftigkeit soll zumindest in Teilen privat abgesichert werden.

Die EVG wendet sich in ihrem Programm-Baustein 5 "entschieden gegen diese ungerechte, entsolidarisierende und krisenverschärfende Entwicklung. Dazu gehört zwingend die Weiterentwicklung des Solidarprinzips im Sozialstaat," Konkret fordern wir:

Eine Existenz sichernde und gerechte Renten-und Versorgungspolitik. Die gesetzliche Rente muss









2.827 befragte Personen 2010, Antworten "stimme voll zu" / "stimme zu \*sowie Personen ohne Schulabschluss Quelle: Noll, Weick 2012 | © Hans-Böckler-Stiftung 2012

eine sichere Säule im Alter sein und bleiben. Dasselbe gilt für die Beamtenversorgung. Insbesondere ist die Rente mit 67 unzumutbar. Die Rentenwerte Ost und West müssen schnellstmöglich angeglichen werden. Dieses Ziel wird auch im schwarz-roten Koalitionsvertrag genannt, ist dort allerdings nicht mit konkreten Maßnahmen hinterlegt. Weiterentwicklung der betrieblichen Altersvorsorge. In diesem

Zusammenhang wollen wir auch



2014

weiterhin eine Lösung für die AVDR-Problematik erreichen. Zurück zum Solidarprinzip in der Gesundheitsversicherung. Die Große Koalition hat die Unwuchten in der Finanzierung der Krankenkassen festgeschrieben. Gemeinsam mit dem DGB halten wir daran fest, dass die solidarische Bürgerversicherung die richtige Lösung ist.

- Eine echte Pflegereform. Auch die Pflegeversicherung muss nach dem Modell der Bürgerversicherung finanziert werden. Pflegepersonal muss gut ausgebildet und gerecht bezahlt werden. Es muss aber auch Verbesserungen geben für Beschäftigte, die die Pflege von Angehörigen übernehmen.
- Die ausnahmslose Mitbestim-
- mung und Teilhaben von Menschen mit Behinderung. Das bedeutet u.a. konkret barrierefreien Zugang sowie die Erhöhung der Beschäftigungsmindestquote aus § 71 SGB IX.
- Ein weiteres konkretes Handlungsfeld ist der Kampf gegen psychische Belastungen im Arbeitsleben. Arbeit darf nicht krank machen! 🥒

## Was sozial ist, bestimmen (oder leben) wir

Täglich arbeiten wir gemeinsam dafür, unsere Arbeitswelt wirklich sozial zu gestalten. Allerdings kann Dir niemand sagen, was eigentlich "sozial" im Arbeitsleben bedeutet. Dem einen – dem Arbeitgeberverband – sind viele Errungenschaften der EVG schon zu sozial. Für mich ist "sozial" ein immerwährender Auftrag der EVG.

Wir Vertrauenspersonen und Betriebsräte handeln als "SprachOhr" der Belegschaft. "Sprache": miteinander reden, und "Ohr": einander zuhören: Das sind die absoluten Kernarbeiten eines Gewerkschafters vor Ort. Es bedeutet: Bewusstsein schaffen für ein gutes Klima am Arbeitsplatz, in dem soziale Belange gedeihen können. Solidarität organisieren, um berechtigte soziale Forderungen durchsetzen zu können. Die Meinung der EVG-Mitglieder zu hören, um sie in die entscheidenden Gremien zu transportieren. Beharrlichkeit ist dabei gefragt. Bei ersten Rückschlag aufgeben, das geht gar nicht.

All das funktioniert nur, wenn man den aufrechten Gang bevorzugt und bereit ist, eine Sache auch mal auszufechten. Das ist oft nicht so einfach. Aber dass es einfach sein soll, hat auch niemand behauptet.

Viele fühlen sich berufen, über Sozialpolitik zu reden. Umgesetzt und mit Leben erfüllt werden muss sie aber vor Ort. Wie setzen wir das um, was die EVG als Sozialpolitik zum Ziel hat? Was erwarten unsere Kolleginnen und Kollegen vor Ort von uns und was können wir leisten? Wir von der EVG reden nicht nur. Als Betriebsrat Betriebsgruppenvorsitzender beschäftige ich mich jeden Tag mit den sozialen Belangen unserer Mitarbeiter/innen. Mein Grundsatz ist und wird immer sein: dem Menschen vor Ort dort Hilfe anbieten, wo sie auch gebraucht wird. Angefangen vom drohenden Arbeitsplatzverlust durch Beschäftigungsuntauglichkeit, über die Wohnungssuche bis hin zur Hilfestellung bei Anträgen auf Ämtern und Behörden.

Beispiele aus meiner Praxis: Ein Fahrdienstleiter verliert seine Betriebsdiensttauglichkeit. Durch meine Mitarbeit im zuständigen Integrationsteam sorge ich gemeinsam mit allen Teammitgliedern dafür, den betroffenen Kollegen wieder in eine ihm angemessene Beschäftigung zu bringen. Das funktioniert nur, weil gegenseitiges Vertrauen vorhanden ist. Um Menschen so helfen zu können, benötigt man Verbindungen. Ich habe mir durch meine ehrenamtlichen Tätigkeiten wie z.B. Richter am Sozialgericht, Versichertenältester bei der Knappschaft-Bahn-See oder bei der EUK in der Vertreterversammlung ein starkes Netzwerk aufgebaut. So kann ich den Kolleginnen und Kollegen ganz individuell helfen. Ich arbeite eng mit der Schwerbehindertenvertrauensperson



zusammen und nutze deren engen Kontakt zu den Behörden.

Nochmal aus meiner Praxis: Eine Kollegin leidet so stark an Rückenbeschwerden, dass ein Arbeitsplatzverlust zu befürchten ist. In Verbindung mit der zuständigen Fachkraft für Arbeitssicherheit und weiteren Spezialisten konnten wir beim Landesamt einen Zuschuss für die Umgestaltung des Arbeitsplatzes erreichen. So behielt die Kollegin ihren angestammten Arbeitsplatz.

Die Kolleginnen und Kollegen fragen mich manchmal, wie sie mir danken könnten. Darauf antworte ich stets: Indem sie überall dort, wo schlecht über uns geredet wird, aufstehen und sagen: "Ich bin froh, dass es die EVG gibt. Die EVG hat mir in echten Schwierigkeiten beigestanden. Und die EVG hat mir wirklich geholfen."

Thomas Bock stellvertretender Betriebsratsvorsitzender bei der DB Netz AG in Saarbrücken.